

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilschstr. 17)
bei G. H. Mirci & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Dabbe & Co.,
Haupt- und Postamt,
Kudolphstraße.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidenbank“.

Nr. 152.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 1. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 28. Februar. Der Kaiser hat dem Geheimen Ober-Post-
rath und vortragenden Rath im Reichs-Postamt Meßner in Berlin
zum Direktor im Reichs-Postamt ernannt.

Der König hat den Landdrosten Adolph von Pilgrim zu Hildes-
heim zum Präsidenten der Regierung in Minden, und den ordentlichen
Professor Dr. C. Gasse zu Breslau zum Medizinal-Rath ernannt.
Derselbe ist dem dortigen königlichen Medizinal-Kollegium als Mitglied
überwiesen worden. Der Privatdozent in der philosophischen Fakultät
der Universität zu Königsberg i. Pr., Dr. Theodor Wicher, ist zum
außerordentlichen Professor in derselben Fakultät ernannt worden.
Dem ordentlichen Lehrer Schnellbach an der höheren Bürgerschule
zu Riesenburg ist der Oberlehrertitel beigelegt worden. Der ordentliche
Seminarlehrer Hilger zu Wittlich ist an das Schullehrerseminar in
Odenkirchen versetzt, und der Privatgelehrte Konrad Ernesti zu Pader-
born als ordentlicher Lehrer am Schullehrerseminar in Wittlich ange-
stellt. Am Schullehrerseminar zu Fulda ist der Präparandenlehrer
Joseph Veder aus Fritlar als Hilfslehrer angestellt.

Der Feldmesser Hermann ist als königlicher Geometer bei der Elb-
strom-Bauverwaltung in Magdeburg angestellt worden.

Der königlichen Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn zu Bres-
lau ist die Erlaubnis zur Anfertigung der allgemeinen Vorarbeiten
für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Trachen-
berg über Patuszitz nach Herrnstadt erteilt worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung.

Berlin, 28. Februar. 1 Uhr. Am Ministertische: v. Putt-
kammer, Bitter und Kommissarien.

Die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern
steht bei Kapitel 92: Polizeiverwaltung in den Pro-
vinzen.

Abg. v. Eytern will wieder im Allgemeinen gegen die Liberalen
polemisieren, wird aber vom Präsidenten zur Sache gerufen. Zu dieser
bemerkte nun Abgeordneter v. Eytern, daß die 9 1/2 Millionen Mark,
welche Berlin und 20 andere Städte vom Staat als Zuschuß zu ihrer
Polizeiverwaltung erhalten, als eine sie bevorzugende Erleichterung
ihrer Kommunalaffären zu betrachten sind und daß die Gerechtigkeit
verlangt, daß der Staat entweder die gesammte Polizei aller Städte
übernimmt oder allen den Zuschuß versagt. Auf die in Aussicht
gestellte Erleichterung der Kommunen, namentlich mit Hilfe des
Tabaks-Monopols, lehnt der Redner keine besonderen Hoffnungen.

Geb. Rath v. Kehler: Eine Erhöhung der Beiträge zu den
Polizeikosten der Städte erscheint nicht opportun.

Bei der Polizeiverwaltung von Posen befragt sich Abgeordneter
v. Wierzbinski über die polizeiliche Organisation der polnischen
Bildungs- und Unterstufungsvereine.

Abg. v. Hahn bemerkt, daß die Zeitung dieser Vereine durch national-
polnische Rücksichten beeinflusst sei und daß ihre Uebersetzung zur Ver-
hinderung von Agitationen unerlässlich sei.

Abg. Kantak tritt den Ausführungen v. Wierzbinski's bei. Für
Aufhebung des Instituts der Polizeidirektorenkommissarien plaidiert Abg.
v. Jazdzewski, während Abg. v. Hahn dem Landrath bei der Aus-
dehnung der Kreise diese Unterstützung unter allen Umständen erhalten
will. Abg. v. Dziembowski verlangt möglichst bald eine Er-
höhung der Dienstaufwandsentschädigung für die Distriktskommissarien.

Minister von Puttkammer erkennt die Nothwendigkeit dieser
Erhöhung an, kann sie aber bei der Finanzlage des Staates zur Zeit
nicht versprechen. Uebrigens werde die Regierung auch die Aufbesserung
der Gehälter der Distriktskommissare im Auge behalten.

Abg. v. Dziembowski hält die Aufbesserung der Gehälter
nicht für so nöthig, als die Erhöhung der Dienstaufwands-Entschä-
digungen, und bittet, schon in den nächsten Etat eine höhere Summe
einzufeststellen.

Abg. Kolberg weist auf die häufigen Pferdebstahlfälle und die
Bagabondage in Ostpreußen hin, zu deren Unterdrückung er die militä-
risch organisirte Gendarmarie nicht für geeignet hält.

Minister von Puttkammer: Die häufigen Pferdebstahlfälle in
Ostpreußen liegen an der Grenzlage der Kreise. Die Diebe bringen
ihre Beute über die Grenze nach Rußland, und die Eigenthümer haben
das Nachsehen. Die Bagabondage ist keine rein ostpreussische Lokal-
frage, sondern wird überall empfunden. Eine Abhilfe dieser Uebelstände
ist nur von der Selbstverwaltung und der Selbsthilfe zu erwarten.

Abg. v. Bachem: Die Erklärung des Ministers vom Sonnabend,
daß die Requirirung militärischer Kräfte zur Unterdrückung von Volks-
unruhen in der Hand der Behörden ein zweifelndes Schwert sei und
nur in den äußersten Nothfällen angewendet werden könnte, ist von uns
mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen worden. Es mußten sich
allerdings bei uns sehr eigenthümliche Erinnerungen einstellen. In West-
preußen und Pommern handelte es sich um ernste Exzesse, um Personen-
und Sachbeschädigungen, welche erhebliche Gefängnisstrafen nach sich
zogen; trotzdem hielt man die Requisition von Militär nicht für nöthig.
Bei uns in der Rheinprovinz ist bei dem bekannten Fall, der hinter
uns liegt und den ich nicht weiter erörtern will, nicht eine einzige
thatsächliche Ausschreitung nachgewiesen worden, und doch wurde Mi-
litar requirirt. Ebenso ist man vor Kurzem im eigenthümlichen Gegen-
satz zu der Erklärung des Ministers in der rheinischen Gemeinde Rhein-
brohl verfahren. Ich möchte nun den Minister bitten sich zu über-
zeugen, ob auch in diesem Falle der Landrath nach seinem weisen
Grundsatze verfahren hat, wenn nicht, so möge er ihm den kalten
Wasserstrahl applizieren, auch den er einen begründeten Anspruch hat.
(Beifall im Centrum.)

Minister v. Puttkammer: Ich habe keine Veranlassung, von
meinem bisherigen Standpunkte bezüglich der Requisition militärischer
Hilfe zur Unterdrückung von Unruhen zurückzutreten. Nach dem mir
vorliegenden Bericht ist Seitens der Behörde auch keineswegs ohne
Noth Militär zur Hilfe gerufen worden. Es ist richtig, daß in Rhein-
brohl der Gemeinderath dem Bürgermeister es verweigert hat, das
Glockengeläute herzugeben zur Beendigung eines der konfessionellen Ri-
norität (Hört! hört!) angehörigen zweijährigen Kindes. Herr Bachem
hat aber unterlassen, anzuführen, daß die Kirche auf Kosten der poli-
tischen Gemeinde erbaut ist, und daß in Folge dessen die Zivilgewalt
auch schon in früheren Fällen mit Erfolg den Gebrauch der Glocken zu
anderen als unmittelbar kirchlichen Zwecken in Anspruch genommen hat.

Im vorliegenden Falle hat nun auch der Bürgermeister auf Wunsch
der betreffenden Eltern das Verlangen gestellt, daß das Begräbniß
dieses Kindes mit Glockengeläute, wie es dort üblich ist (Widerspruch
im Centrum), stattfinden. Der Geistliche, der Kirchenrath und der Ge-
meinderath haben sich diesem Ansinnen widerlegt, und der Bürgermeister
hat geantwortet, in diesem Falle sich nicht auf prozeßuale Weiterungen
einlassen, sondern, in der Voraussetzung, daß ein unumstößliches Recht
vorliege, sein Verlangen im Wege administrativen Zwanges durch-
setzen zu müssen. In Folge dessen hat ein großer Theil der Orts-
bevölkerung eine überaus drohende Haltung angenommen, auch
dem Landrath gegenüber, der zur Abhülfe des Bürgermeisters an
Ort und Stelle erschien. Sogar der Kirchthurm, dessen Thüren ver-
schlossen waren, war oben besetzt, und Landrath und Bürgermeister
wurden für den Fall, daß sie versuchen sollten, dennoch in den Kirch-
thurm einzudringen, mit Thätlichkeiten bedroht. Beide legten sich
darauf die Frage vor, ob es möglich sei, mit den vorhandenen Exekutiv-
kräften — 6 oder 4 Gendarmen — den Widerstand zu brechen, und
der Landrath ist dabei zu der Ueberzeugung gelangt, daß er ohne Auf-
wendung einer am Orte nicht aufzubringenden größeren Exekutivkraft
seinen Anordnungen nicht werde Folge verschaffen können. Der halb
hat er allerdings militärische Hilfe requirirt, und der Oberpräsident in
Abwesenheit des Regierungspräsidenten ist zu dem Entschlusse gekom-
men, eine Kompanie Soldaten auf der Eisenbahn hinzuschicken. Glück-
licherweise ist es ohne irgend welche Thätlichkeiten gelungen, die Sache
zu unterdrücken. Die Militärmacht hat sich übrigens insofern im
Hintergrunde gehalten, als die Gendarmen, indem sie sich dem Kirchen-
gebäude näherten, sich im Vordergrunde bewegten, und das Militär
in gewisser Entfernung gefolgt ist. Man hat dann den Thurm geöffnet
und das Glockengeläute vorgenommen. Jetzt blieb nur noch die Er-
wägung übrig, ob das Militär zur Vorrichtung eine Zeit lang, etwa 48
Stunden, an dem Orte stationirt bleiben solle, um der möglichen
Wiederkehr von Ausschreitungen entgegenzutreten. Das war nicht die
Meinung der oberen Behörden, und das Militär ist zurückgezogen. In
diesem Augenblick hat man nur noch im Nachhinein eine größere
Zahl Gendarmen zusammengezogen, um für den Fall der Noth bei der
immer noch sehr aufgeregten Haltung den nöthigen Schutz zu gewäh-
ren. Das ist Alles, was ich weiß — das attemmäßige Material ist
mir noch nicht bekannt — und es liegt hiernach für mich kein Anzeichen
dafür vor, daß der Landrath von Runkel unbefonnen oder über das
nöthige Maß hinaus in seiner Requisition an das Oberpräsidium ge-
gangen ist. Ich möchte bitten, bevor die Akten nicht vorliegen, über
diesen Fall nicht aburtheilen zu wollen.

Abg. v. Eytern: Ich frage den Minister, ob ihm Nachricht
darüber zugegangen ist, daß Bischof Korum, zu dessen Diöcese Rhein-
brohl gehört, und der sich hauptsächlich als Friedensfürst eingeführt
hat, seinerseits zur Beschwichtigung der Gemüther dort beigetragen
hat. (Lachen im Centrum.) Ein einziges Wort Korum's bringt es
sich sofort fertig, daß das Gendarmen-Kommando abmarschiren kann. Be-
sonne ich keine Antwort, dann ist keine Antwort auch eine Antwort.
(Großes Gelächter im Centrum.)

Minister v. Puttkammer: Ich habe hierauf nur zu antworten,
daß in diesem Augenblick keine Antwort eben keine Antwort ist. (Große
Heiterkeit.)

Abg. Lieber: Wenn der Bischof zur Beschwichtigung der Ge-
müther hätte etwas beitragen können, so würde er es gethan haben.
Daß dies nicht geschehen, beweist, daß nichts zu beschwichtigen war.

Bei Kapitel 95 beantragt Abg. Langerhans über Titel 1
(Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei) besonders abzustimmen.
Der Titel wird genehmigt. Für denselben stimmen Konervative,
Zentrum und National-Liberale.

Bei Kapitel 95 Titel 6 (Zuschüsse an die Kommunalverbände zu
den Kosten der Unterbringung verwahrloster Kinder) weist Abgeord-
neter Jung auf die Nothwendigkeit der Vermehrung der Besserungs-
anstalten hin. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 13. März
1878 sollen Kinder unter 12 Jahren, die verbrecherischer Handlungen
überführt sind, Besserungsanstalten, Privatvereinen oder Privatfamilien
zur Erziehung überwiesen werden. Die Zahl der bestehenden Anstalten
reicht nicht aus für diesen Zweck. Die Ueberweisung der Kinder an
Privatfamilien aber hat vielfach zu Unzulänglichkeiten geführt, deshalb
muß hier von dem Staate bald eine Remede getroffen werden.

Regierungskommissar Jilling bemerkt, auch der Regierung sei
es nicht entgangen, daß durch das Gesetz von 1878 die Privatvereine
und Familien zu sehr in Anspruch genommen und darum staatliche Hilfe
nöthig sei. Im Ministerium des Innern ist man bereits beschäftigt,
Materialien für diese Frage anzusammeln. Es kommt dabei in erster
Linie darauf an, festzustellen, wie groß die Zahl der Kinder ist, die
untergebracht werden sollen. Die Regierung wird es an nichts fehlen
lassen, die Sache so rasch wie möglich zu fördern; sie hat auch jetzt
schon zum Besten der Kinder alles gethan, was in ihrer Macht stand.
Ueber 3500 Kinder sind seit 1878 in Privatfamilien untergebracht
worden. Da indessen die alten Verbrecher dem Staate noch zu große
Kosten auferlegen, so werden noch einige Jahre vergehen, ehe Besserungs-
anstalten im Sinne von § 56 und 57 des Gesetzes von 1878 geschaffen
werden können.

Abg. v. Uechtritz begreift nicht, warum die Errichtung von
Besserungsanstalten noch länger hinausgeschoben werden soll. Der
Kostenpunkt kann nicht in Frage kommen, da an den Zuchthäusern
erspart wird, was für derartige Erziehungsanstalten ausgegeben wird.

Abg. Brüel glaubt, daß die Mühe, die man auf die Erziehung
verwahrloster Kinder verwendet, vereitelt wird, weil man sich nicht ge-
nüglich darum kümmert, was nach dem Ende der Erziehung aus den
Kindern wird. Man begnügt sich damit, ihnen eine Stellung zu ver-
schaffen, unterläßt es aber, sie dem Einfluß ihrer Eltern zu entziehen,
die gewöhnlich gesittlich zu verderben suchen, was die Zwangs-
erziehung gut gemacht hat. Redner stellt es darum der Regierung
anheim zu ernennen, ob es nicht gut sei, die Kinder nach Beendigung
der Erziehung unter Vormundschaft zu stellen. Damit wird der Zweck
des Gesetzes ohne Kosten gesichert.

Abg. Zelle merkt sich gegen die Behauptung des Regierungs-
kommissars, daß die alten Verbrecher zu viel kosten und darum die
Errichtung von Besserungsanstalten noch hinausgeschoben werden müsse.
Die jungen Verbrecher werden die alten unter solchen Umständen be-
ständig vermehren, und eine Skalamität besteht weiter, die auf allen
Seiten des Hauses tief beklagt wird.

Abg. Franz bedauert, daß die katholischen Anstalten aufgehoben
sind, die speziell der Erziehung verwahrloster Kinder gewidmet waren.
Dem Minister des Innern dankt er, daß er die kirchlichen Behörden
wieder bei der Erziehung solcher Kinder zu Rathe gezogen hat.

Beim Kapitel 96 (Strafanstaltsverwaltung) fragt
Abg. Kiderer an, ob der Minister die verprochene Mittheilung
über die Maßregeln machen könne, die zum Schutz der freien Arbeit
getroffen seien.

Regierungskommissar Jilling erklärt, daß die Konkurrenz der
Strafanstaltsarbeit mit der freien Arbeit nicht gänzlich beseitigt werden
könne. Indessen ist bestimmt worden, daß die Sträflinge vorzugsweise mit
Arbeiten beschäftigt werden, die Gegenstand der Fabrikthätigkeit ge-
worden sind. Wo Handarbeiten auch in den Strafanstalten angefertigt
werden, ist zum Schutze der freien Arbeit eine Reihe beschränkender
Bestimmungen aufgestellt worden.

Abg. Lieber bringt die Verhältnisse der Strafanstalt in Diez
(Nassau) zur Sprache, in welcher eine Marmorfabrik betrieben wird.
Dieselbe war früher im Regiebetrieb und machte der Privatindustrie
keine Konkurrenz. Nun wurde aber der Regiebetrieb in einen Verding-
betrieb umgewandelt. In einer Beschwerde der Privatindustriellen an den
Handelsminister heißt es, daß die Uebergabe der Fabrik mit Ausschluß
der Öffentlichkeit erfolgte und daß der Pächter für Benutzung der
Fabrikräume, sowie der Maschinen keine Pacht bezahlte und außerdem
noch freie Beleuchtung und Beheizung der Arbeitsräume, als auch die
Berechtigung hat, geschulte Arbeiter aus anderen Strafanstalten bei
seinem Betrieb mit heranzuziehen. Diese überaus günstigen Pachtbe-
dingungen sind geradezu vernichtend für die Privatindustrie. Es mußte
nachgewiesen, daß vom ersten Jahre des neuen Zustands ab ihr Betrieb
um 30 pCt. zurückgegangen ist. Allein noch ein anderer Gesichtspunkt
ist bei zu berücksichtigen, nämlich der der Strafvollstreckung. Es
wird überhaupt, daß die Sträflinge, wenn sie über ihr Penium hinaus
Dienste leisten, dafür Freibrot, Brot, Wurst u. s. w. erhalten, ferner
sollen dieselben mit freien Arbeiten in ungehindertem Verkehr stehen
und werden nicht bloß in den Fabrikräumen, sondern auch außerhalb
verwendet. Ich richte an den Minister die Bitte, der Sache gründlich
näher zu treten, aber seine Entscheidung nicht auf Grund des Berichts
der Strafanstaltsdirektion zu treffen, der doch am Ende nur der Be-
richt des Pächters ist.

Regierungskommissar G. b. Rath Jilling: Die Regierung fand
bei der Uebernahme von Nassau die vollständig eingerichtete Fabrik
vor, sie machte aber sehr bald die Erfahrung, daß
der Staat eine Industrie nicht selbst mit Vortheil
leiten kann (Hört! hört! links), die Bestimmungen nahmen ab, an
Stelle der Erparnisse traten immer größere Ausfälle. Es war daher
der Regierung sehr erwünscht, einen geeigneten Pächter zu finden.
Die Pachtbedingungen sind freilich günstig, aber der Pächter hat
mehrere Kosten zu bezahlen. Die Herr Lieber nicht erwähnt hat, z. B.
die Gehälter für die Beamten, die Kosten eines nothwendig gewordenen
Baues, überdies hat er die Maschinen zu verhältnismäßig hohem
Preise übernehmen müssen. Eine Submission hat allerdings nicht
stattgefunden, weil es sich hier um die Disposition über ein Etablisse-
ment gehandelt hat, welches der Regierung erhalten werden sollte.
Uebrigens hat die Regierung in dem Pächter einen Mann gefunden,
der die nöthigen Garantien zu bieten im Stande war. Wenn die
vom Abg. Lieber erwähnten Nachtheile wirklich vorgekommen
sein sollten, wovon ich noch nicht überzeugt bin, so bitte ich, das
nöthige Material der Regierung zur Verfügung zu stellen, damit die
strengste Untersuchung eingeleitet werden könnte.

Darauf werden das Kapitel „Strafanstaltsverwaltung“, ebenso
die Kapitel „für Wohlthätigkeitszwecke“ und „allgemeine Ausgaben“,
endlich auch die „einmaligen Ausgaben“ genehmigt.

Ohne Debatte wird auch der Etat der Lotterieverwaltung ge-
nehmigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge und Petitionen.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 28. Februar. Wenn die Vorlegung des
Tabaks-Monopol-Entwurfes an den Volkswirth-
schaftsrath trotz aller vorausgegangenen Ankündigungen doch eine
gewisse Ueberraschung erzeugt hat, so ist es der Fall, weil Nie-
mand günstige Chancen für die Durchsetzung desselben zu er-
blicken vermag, sich aber nicht wohl annehmen läßt, daß Fürst
Bismarck ohne jede Rücksicht hierauf vorgegangen sein sollte,
nachdem er jahrelang gezögert hat. Die allgemein laut werdende
Ansicht, daß es auf neue Reichstagswahlen abgesehen sei, ist auch
keine Antwort auf die berührte Frage, denn es kommt eben da-
rauf an, weshalb der Kanzler sich für den Sommer oder Herbst
bessere Aussichten für das Monopol bei den Wählern versprechen
könnte, als vor fünf Monaten. Stünde die kirchenpolitische Ver-
handlung anders, als man nach der gegenwärtigen Rathlosigkeit
der Konfervativen und Liberalen annehmen muß, so könnte man
vermuthen, daß auf das Centrum gerechnet wird; aber wenn-
gleich man beständig darauf gefaßt sein muß, daß dasselbe in
der Monopolfrage eine Schwankung macht, sobald ihm dafür
große kirchenpolitische Vortheile winken, so scheint die letztere
Eventualität doch zur Zeit so gut wie ausgeschlossen.
Ein dem Monopol günstiges Votum des Volkswirtschaftsrathes
ist bei der sorgfältigen Auswahl der Mitglieder ja allerdings —
obgleich Manche bestreiten, daß dem so sei — höchst wahr-
scheinlich; aber das Ansehen dieser Körperschaft im Volke ist denn
doch nicht bedeutend genug, um darauf hin eine sonst höchst un-
sichere Aktion zu unternehmen. Es bleibt vorderhand nur die
Annahme, daß ohne Rücksicht auf die Chancen für und wider
der Versuch gemacht werden soll, noch einmal „alle Hunde
bellen“ zu lassen, die Interessenten der Arbeiter-Versicherung mit
Staatszuschuß, der Herabsetzung der Kommunalsteuern, der Er-
höhung der Beamten-Bezulungen, der Kanalbauten und wozu
sonst noch Geld zu brauchen sein mag, in's Feld zu führen, auf
die Ermüdung der Einen und auf das Verlangen der Anderen
unter den Tabaks-Interessenten nach einer fetten Entschädigung
zu spekuliren. Was diese letztere betrifft, so stellen sich die

Vorschläge des Entwurfes zu denen der Tabaks-Enquete-Kommission von 1878, welche diese für den Fall der Einführung des Monopols gemacht hatte, wie folgt. Die Kommission hatte für Fabrikanten und Händler den zehnfachen Betrag des Jahresverdienstes, für Hilfspersonen und Arbeiter den ein- bis fünffachen Betrag vorgeschlagen. Der Entwurf stellt Fabrikanten und Händler außerordentlich schlechter, indem er den Ersteren den fünffachen, den Händlern nur den zweifachen Jahresgewinn gewähren will; betreffs des technischen Hilfspersonals schließt er sich dem Vorschlage des Maximums der Enquete-Kommission (den fünffachen Betrag) an, betreffs der Arbeiter will er den zweifachen Betrag (die Kommission den ein- bis fünffachen) gewähren. Da in den Vorschlägen der Kommission die Entschädigung für die Fabrikanten und Händler bei weitem den Hauptposten ausmachten, nämlich 650 von 687 Millionen, so ist es klar, daß nach dem Entwurf nur ein kleiner Theil der von der Kommission berechneten Summe verwendet werden würde; ob 200—250 Millionen, wie berechnet wird, das ist bei den sehr unsicheren Anhaltspunkten nicht zu kontrollieren. Unter den sonstigen Abweichungen von den eventuellen Vorschlägen der Enquete-Kommission ist Folgendes hervorzuheben. Die letztere hatte beantragt, daß die Verkaufspreise der Monopolverwaltung, dem Charakter derselben als Besteuerung entsprechend, durch Gesetz, und zwar von 3 Jahren zu 3 Jahren festgesetzt werden sollten; der jetzige Entwurf überläßt sie lediglich der Verwaltung, denn die Bestimmung, daß Fabrikate zu gewissen Preisen vorhanden sein sollen, bedeutet für die Normirung der letzteren nichts, da nicht gesagt ist, welche Qualitäten, resp. Herstellungskosten dem Preise entsprechen sollen; durch jede Veränderung derselben würde der Preis, also die Besteuerung, von der Verwaltung einseitig verändert werden. Bemerkenswerth ist die in dem Entwurf hervortretende Rücksicht auf die Landesregierungen: die Ausführung ist nach Möglichkeit ihnen zuzugewiesen, so auch die Anstellung der Verschleier, offenbar um den partikularistischen Widerstand möglichst abzuschwächen. Der Anfangstermin des 1. Januar, resp. 1. Juli 1883 ist bedeutungslos; bis dahin wäre auch bei besseren Chancen im Reichstag doch die Durchführung unmöglich.

Der Tabaksmopol-Entwurf.

(Fortsetzung.)

§ 13.

Nach beendeter Pflanzung des Tabaks werden die Angaben der Anmeldung zum Tabakbau (§ 10) an Ort und Stelle seitens der Steuerbehörde, welche dabei von dem Gemeindebeamten zu unterstützen ist, geprüft. Vermessungskosten dürfen dem Tabakspflanzer hierdurch nicht erwachsen.

Die Steueraufsichtsbeamten sind jederzeit zur Revision der Tabakspflanzungen befugt.

§ 14.

Vor dem Beginn der Tabakpflanzung schreitet die Steuerbehörde, um die vollständige Ablieferung des erzeugten Tabaks an die Monopolverwaltung zu sichern, zu einer für den Inhaber des Grundstücks verbindlichen Feststellung der Blätterzahl, welche mindestens abgeliefert werden muß. Auf Erfordern hat dazu der Tabakspflanzer eine verbindliche Deklaration über die Anzahl der Pflanzungen und die durchschnittliche Blätterzahl einzureichen.

Die behufs amtlicher Festsetzung der zu vertretenden Blätterzahl (Haftmenge) erforderlichen Ermittlungen werden an Ort und Stelle durch Steuerbeamte, unter Mitwirkung eines geeigneten Stellvertreters der Gemeinde, vorgenommen. Der hierzu anberaumte Termin ist der Gemeindebehörde und durch diese den Tabakspflanzen vorher bekannt zu machen. Jeder Tabakspflanzer ist berechtigt, den Ermittlungen auf seinem Grundstücke beizuwohnen.

Das Ergebnis wird für jedes einzelne Grundstück in ein Register eingetragen und durch Offenlegung der letzteren in der Gemeinde oder Zustellung eines Auszugs an den Tabakspflanzer bekannt gemacht.

Innerhalb einer präklusivischen Frist von 3 Tagen nach der in ortsüblicher Weise erfolgten Bekanntmachung der Offenlegung des Registers, beziehungsweise nach dem Empfange des Auszugs, kann der Tabakspflanzer gegen die Festsetzung Einspruch erheben. Der Einspruch ist in die dazu bestimmte Spalte des Registers einzutragen oder der Steuerbehörde schriftlich anzustellen und muß in allen Fällen den Betrag der verlangten Ermäßigung genau bezeichnen.

Die endgültige Entscheidung über den Einspruch wird von der für den betreffenden Bezirk hierzu berufenen Kommission erlassen, welche aus einem oberen Steuerbeamten des Bezirks, als Vorsitzendem, und zwei von der höheren Verwaltungsbehörde des Bezirks ernannten vereideten Sachverständigen besteht.

Wird der Einspruch unbegründet befunden, so können dem Tabakspflanzer die durch die Untersuchung und Entscheidung entstandenen Kosten ganz oder theilweise zur Last gelegt werden.

§ 15.

Die festgesetzte Haftmenge erleidet eine Verminderung:

1. in Folge etwaiger vor der Ablieferung an die Monopolverwaltung eingetretener Unglücksfälle (wozu auch ein nach Feststellung der Blätterzahl eingetretener Mißwachs zu rechnen), soweit dadurch erweislich die Blätterzahl des erzeugten Tabaks vermindert ist.

Von jedem derartigen Unglücksfall ist spätestens am vierten Tage nach dessen Eintreten und, wenn derselbe den Tabak auf dem Felde betroffen hat, jedenfalls vor vollendeter Ernte schriftliche Anzeige an die Steuerbehörde zu machen, welche die amtliche Erhebung des Verlustes zu veranlassen und über den Anspruch auf Minderung der zu vertretenden Blätterzahl zu entscheiden hat;

2. in Folge des unter gewöhnlichen Verhältnissen bis zur Ablieferung entfallenden Abgangs an Bruch und Abfällen.

Wegen des hierfür zuzurechnenden Abzugs, sowie wegen des Verfahrens in den unter Ziffer 1 gedachten Fällen sind die von dem Bundesrath zu erlassenden Anordnungen zu beobachten.

§ 16.

Für die Behandlung der Tabakspflanzungen gelten die folgenden Vorschriften:

1. Die Pflanzung ist in geraden Reihen mit gleichen Abständen der einzelnen Pflanzungen von einander innerhalb der Reihen und mit gleichen oder gleichmäßig wiederkehrenden Abständen der Reihen von einander anzulegen.

2. Tabak darf nicht mit anderen Bodengewächsen gemischt gebaut werden; jedoch ist bei gänzlichem Ausfall der Tabakspflanzen auf einer mindestens 4 Quadratmeter haltenden Fläche der Nachbau anderer Gewächse auf dieser Fläche gestattet.

3. Bis zu dem zur amtlichen Feststellung der Blätterzahl bestimmten Termin (§ 14) muß die zur Regelung der Blätterzahl erforderliche Behandlung der Tabakspflanzen (das Köpfen, Ausgeizen) vollständig bewirkt sein.

4. Bevor die zu vertretende Blätterzahl amtlich festgestellt und über den etwa dagegen erhobenen Einspruch entschieden

worden ist, dürfen Tabaksblätter nur nach vorheriger Anzeige bei der Steuerbehörde und unter Beobachtung der von dieser wegen Feststellung der Menge zu erlassenden Anordnungen eingesammelt werden.

5. Alle vor der Ernte entstehenden Abfälle (Spindeln, Geize, mißrathene Pflanzungen u. s. w.) sind auf dem Felde sofort zu vernichten.

6. Will der Tabakspflanzer das Tabaksfeld vor der Ernte wegen Mißwachses u. s. w. umpfügen, so ist hiervon der Steuerbehörde zuvor Anzeige zu machen.

7. Spätestens am zehnten Tage nach dem Abblatten müssen, soweit die Steuerbehörde nicht eine längere Frist gestattet hat, die Tabakspflanzen abgehauen oder in anderer Art beseitigt werden. Die Erzielung einer Nacherte (das sogenannte Geizenziehen) kann nur ausnahmsweise mit besonderer, vor der Ernte einzuholender Genehmigung der Steuerbehörde und unter den von derselben vorzuschreibenden Bedingungen gestattet werden.

Bezüglich des Verfahrens bei der Trocknung, Aufbewahrung, Sortirung und Verpackung des Tabaks sind die Bestimmungen des Bundesraths und die zu deren Ausführung erlassenen Anordnungen des Reichstabsamts maßgebend.

Nimmt der Tabakspflanzer die ihm obliegenden Berrichtungen nicht rechtzeitig oder ungenügend vor, so kann die Steuerbehörde dieselben auf seine Kosten ausführen lassen.

§ 17.

Die Tabakspflanzen dürfen den geernteten Tabak nur in den der Steuerbehörde des Bezirks angemeldeten Räumen trocknen oder aufbewahren. Zur Benutzung von hierzu besonders gemieteten Räumen oder von Räumlichkeiten außerhalb der Gemeindegemarkung, zu welcher die Tabakspflanzung gehört, ist die Genehmigung der Steuerbehörde erforderlich.

Zu den Räumen der Trocknung und Aufbewahrung des Tabaks ist den Steuerbeamten der Zutritt gestattet. Dieselben können jederzeit die Uebergabe zur Identifizirung des Tabaks geeigneter Proben verlangen, vorbehaltlich der demnächstigen Rückgabe oder Abrechnung der Blätterzahl von der Haftmenge.

§ 18.

Der geerntete Tabak ist, begleitet von einer schriftlichen Deklaration, zu der Zeit und an dem Orte, welche dem Tabakspflanzer vorgeschrieben sind, der zuständigen Einlösungskommission vorzuführen. Für den Transport werden dem Tabakspflanzen, falls die Entfernung zwischen dem Anbauort und dem Ablieferungsort mehr als 20 Rm. beträgt, Frachteinträge nach den vom Reichstabsamts zu bestimmenden Sätzen gezahlt.

Die Einlösungskommissionen werden aus je zwei Beamten der Monopolverwaltung und drei von den zuständigen Landesbehörden ernannten vereideten Sachverständigen gebildet und bewirken das Einlösungsgeschäft bis spätestens zum 1. März des dem Erntejahr folgenden Jahres. Ihre Entscheidungen sind endgültig.

§ 19.

Den Einlösungskommissionen liegt insbesondere ob, die Zahl der vorgeführten Tabaksblätter festzustellen, die Einschätzung des Tabaks in die Preisklassen und die Ausscheidung des unbrauchbaren Tabaks vorzunehmen, die Verwiegung zu überwachen und über den für die Monopolverwaltung abgenommenen Tabak einen Empfangsschein zu erteilen, welcher auch das Guthaben des Tabakspflanzen an Tabakspreisen und event. Frachteinträgen angeben muß. Der Tabakspflanzer darf der Einlösung des von ihm gestellten Tabaks beizuwohnen und etwaige Einwendungen gegen das dabei beobachtete Verfahren vorbringen.

Wird ein Ausfall an der Haftmenge festgestellt, so ist für die fehlende Menge, abgesehen von der etwa verwickelten Geldstrafe, Ersatz nach dem Maße des doppelten Verkaufspreises der geringsten Rauchtabaksforte zu leisten.

Sollte vorgeführter Tabak überhaupt unbrauchbar befunden werden, so wird derselbe unter amtlicher Aufsicht vernichtet, falls nicht der Tabakspflanzer denselben innerhalb einer von der Steuerbehörde bestimmten Frist unter Steuerkontrolle in das Ausland ausführt.

Ebenso darf der Tabak, bezüglich dessen der Tabakspflanzer sich der Preisbestimmung der Einlösungskommission nicht unterwerfen will, in das Ausland ausgeführt werden.

§ 20.

Der Tabakspflanzer kann auf Grund des Empfangscheins der Einlösungskommission (§ 19) sofort sein Guthaben für den abgelieferten Tabak bei der zuständigen Zahlstelle erheben. Ansprüche Dritter an das Guthaben dürfen nur auf gerichtliche Requisition berücksichtigt werden.

Die Einziehung der vom Tabakspflanzer für eine Fehlmenge § 19, Abs. 2), sowie an Auslagen (§§ 14, Abs. 6, 16, Abs. 3) der Monopolverwaltung geschuldeten Beträge geschieht in dem Verfahren für die Beitreibung von Zollgefallen und mit den Vorzugsrechten der letzteren.

§ 21.

Auf den Tabak, welcher für die Monopolverwaltung gebaut wird, können Ansprüche irgend welcher Art, durch welche die Ablieferung an die Monopolverwaltung verhindert oder beeinträchtigt werden würde, mit rechtlicher Wirkung nicht erhoben werden, auch nicht aus einem vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entstandenen Rechtstitel.

B. Tabaksbau zur Ausfuhr.

§ 22.

Tabaksbau zum Zwecke der Ausfuhr des geernteten Tabaks kann in denjenigen zum Tabaksbau für die Monopolverwaltung zugelassenen Anbaubezirken (§ 7) gestattet werden, bezüglich deren ein Bedürfnis hierzu nach den bisherigen Anbaueverhältnissen anzuerkennen ist. Die Bestimmung hierüber trifft der Bundesrath.

Auf den Tabaksbau zur Ausfuhr finden die §§ 10 bis 17 sinngemäße Anwendung mit folgenden Maßgaben:

1. Die Anbauelaubnis darf nur für Grundstücke von mindestens 10 Ar Flächeninhalt erteilt werden, und zwar nur, wenn dieselben zur Gemarkung einer Gemeinde gehören, in welcher auch Tabaksbau für die Monopolverwaltung stattfindet.

2. Will Jemand zugleich für die Monopolverwaltung und zur Ausfuhr Tabak bauen, so ist bezüglich jeder Art des Tabaksbau eine besondere Anmeldung abzugeben.

§ 23.

Dem Tabakspflanzer liegt ob, nach der Trocknung des für die Ausfuhr angekauften Tabaks der Steuerbehörde des Bezirks Anzeige zu machen, worauf an Ort und Stelle die Blätterzahl amtlich ermittelt und dadurch die Ausfuhrmenge festgestellt wird.

Hat der Tabakspflanzer in demselben Steuerbezirk auch Tabak für die Monopolverwaltung gebaut, so ist der auf den sämtlichen Grundstücken erzeugte Tabak der Einlösungskommission (§ 18) vorzuführen, welche aus der Gesamternte den Antheil der Monopolverwaltung vorweg nimmt.

Ist die Ausfuhrmenge kleiner, als die Haftmenge für die zur Ausfuhr bebauten Grundstücke, so greifen bezüglich der Erzielung die Bestimmungen in §§ 19 Absatz 2 und 20 Absatz 2 Platz. Nach Maßgabe der letzteren Bestimmung erfolgt auch die Einziehung der von dem Tabakspflanzer nach §§ 14 Absatz 6 und 16 Absatz 3 etwa geschuldeten Beträge.

§ 24.

Spätestens bis zum 15. August oder mit Genehmigung der Steuerbehörde bis zum 15. September des auf die Ernte folgenden Jahres muß der zur Ausfuhr gebaute Tabak in der nach § 23 festgesetzten Ausfuhrmenge entweder

1. unter amtlicher Kontrolle unmittelbar in das Ausland ausgeführt, oder

2. in einer öffentlichen, ausschließlich für diesen Zweck oder zugleich zur Aufnahme ausländischer unverzollter Gegenstände bestimmten

Niederlage oder in einem dem Tabakspflanzer bewilligten Privattransitlager unter amtlichem Mitverschuß niedergelegt, oder 3. an einen konfessionirten Rohtabakhändler (§ 26) veräußert werden.

In dem zu 3 bezeichneten Falle sind sowohl der Verkäufer als auch der Käufer zur Anzeige bei der Steuerbehörde vor dem Besitzwechsel verpflichtet. Die Haftung für die verkaufte Tabaksmenge geht mit dem Besitzwechsel auf den Käufer über; der Verkäufer ist aus der bezüglichlichen Haftung von der Steuerbehörde zu entlassen, sofern nicht mit Rücksicht auf die Sicherung der Monopolverwaltung besondere Bedenken entgegenstehen.

Auf die Lagerung des Rohtabaks unter Steuerkontrolle (Ziffer 2) finden die im Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869 (§§ 97 bis 104, 108) und in den bezüglichlichen Regulativen enthaltenen Bestimmungen über die Benutzung von öffentlichen Niederlagen und Privatlagern mit den in dem gegenwärtigen Gesetz und den dazu ergehenden Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Abweichungen sinngemäße Anwendung, § 25.

Nach näherer Anordnung des Bundesraths können Abzüge an der Ausfuhrmenge mit Rücksicht auf Unglücksfälle oder natürliche Einflüsse gewährt werden, welche den Tabak beim Pflanzern nach Feststellung der Ausfuhrmenge treffen.

Den rechtzeitig weder ausgeführten, noch unter Steuerkontrolle gelagerten, noch an einen konfessionirten Rohtabakhändler überlassenen Rohtabak, desgleichen den unter Steuerkontrolle gelagerten Rohtabak, welcher nach Ablauf der Lagerfrist nicht zur Ausgangsabfertigung gestellt wird, kann die Steuerbehörde, falls nicht die Monopolverwaltung denselben ankauft, je nach der Wahl des Tabakspflanzen und auf dessen Gefahr und Kosten entweder im Lande unter der Bedingung der sofortigen Ausfuhr öffentlich versteigern oder ausführen und im Auslande verkaufen lassen. Bleibt der Erlös hinter den entstandenen Kosten zurück, so geschieht die Einziehung des fehlenden Betrages nach Maßgabe des § 20 Abs. 2.

III. Von dem Handel mit Rohtabak.

§ 26.

Zuverlässigen Personen, welche kaufmännische Bücher führen und die geforderte Sicherheit bestellen, kann von der Steuer-Direktionsbehörde auf Widerruf gestattet werden, Handel mit Rohtabak in das Ausland zu treiben und zu diesem Zwecke Privattransitlager von Rohtabak unter amtlichem Mitverschuß zu halten. Für diese Lager gelten die entsprechenden zollgesetzlichen Vorschriften mit den durch das gegenwärtige Gesetz bedingten Maßgaben. Die näheren Bestimmungen werden vom Bundesrath erlassen.

Die konfessionirten Rohtabakhändler dürfen ausländischen Rohtabak in das Monopolgebiet einführen, desgleichen inländischen Rohtabak von den betreffenden Tabakspflanzen (§ 22) und aus- oder inländischen Rohtabak von anderen konfessionirten Rohtabakhändlern erwerben.

IV. Tabakfabrikation und Verkauf von Tabakfabrikaten.

§ 27.

Zur Herstellung der Tabakfabrikate für das Monopolgebiet werden Rohtabakmagazine und Tabakfabriken errichtet. Unter sichern den Kontrollen kann die Monopolverwaltung Tabakfabrikate auch außerhalb der Fabrik anfertigen lassen (Hausindustrie). Desgleichen ist die Monopolverwaltung befugt, Tabakfabrikate vom Ausland einzuführen und solche dorthin auszuführen.

Bei der Vertheilung der Rohtabakmagazine und Tabakfabriken über das Monopolgebiet ist die bisherige Vertheilung der Tabakindustrie nach Art und Umfang vorwiegend zu berücksichtigen.

Der Betrieb der Tabakfabriken ist von der Besteuerung durch Staat oder Kommune ausgeschlossen.

§ 28.

Der Bedarf der Monopolverwaltung an Rohtabak muß mindestens zu zwei Dritteln durch inländischen Tabak gedeckt werden.

Die Monopolverwaltung ist verpflichtet, die nachbezeichneten Arten von Tabakfabrikaten herzustellen, und zu den beigegebenen Preisen zum Verkauf zu bringen.

A. Rauchtabake.	
1.	1,00 M. für 1 Kilogr. (Rippentabak).
2.	1,20 " " 1 " (Blättertabak gemischt mit Rippen).
3.	1,50 " " 1 " "
4.	2,00 " " 1 " "
5.	2,50 " " 1 " "
6.	3,00 " " 1 " "
7.	4,00 " " 1 " "
8.	5,00 M. für 1 Kilogr. (Barinas, Portorico und Maryland).
9.	6,00 " " 1 " (feinster Barinas, Portorico u. Maryland).
10.	8,00 " " 1 " (echter türkischer).
11.	10,00 " " 1 " (feinster echter türkischer).

B. Schnupftabake.

1.	1,00 M. für 1 Kilogr.,
2.	1,50 " " 1 " "
3.	2,00 " " 1 " "
4.	2,50 " " 1 " "
5.	4,00 " " 1 " "
6.	5,00 " " 1 " "

C. Kautabake.

1.	2,00 M. für 1 Kilogr.,
2.	2,50 " " 1 " "
3.	3,00 " " 1 " "
4.	3,50 " " 1 " "
5.	4,00 " " 1 " "
6.	5,00 " " 1 " "
7.	6,00 " " 1 " "
8.	7,00 " " 1 " "
9.	8,00 " " 1 " "

D. Zigarren.

1.	3 Pf. für 1 Stück.
2.	4 " " 1 " "
3.	5 " " 1 " "
4.	6 " " 1 " "
5.	7 " " 1 " "
6.	8 " " 1 " "
7.	9 " " 1 " "
8.	10 " " 1 " "
9.	12 " " 1 " "
10.	15 " " 1 " "
11.	18 " " 1 " "
12.	20 " " 1 " "
13.	25 " " 1 " (rein Havanna).
14.	30 " " 1 " (rein Havanna).

Außerdem können von der Monopolverwaltung andere Tabakfabrikate hergestellt werden, deren Preise der Reichstabsamts bestimmt.

Derselbe bestimmt ferner die Verkaufspreise der seitens der Monopolverwaltung vom Ausland bezogenen Tabakfabrikate, sowie der Tabakfabrikate der Monopolverwaltung beim Absatz in das Ausland.

Auch kann die Monopolverwaltung Rohtabak und Tabakfabrikate zur Bearbeitung und Verwertung für wissenschaftliche, gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke zu den vom Reichstabsamts festgesetzten Preisen unter sichern den Kontrollen abgeben.

§ 29.

Außer der Monopolverwaltung und den von derselben ermächtigten Personen darf Niemand Maschinen oder Werkzeuge besitzen, welche ausschließlich zur Herstellung von Tabakfabrikaten geeignet sind.

Zur Verfertigung solcher Maschinen oder Werkzeuge bedarf es der Erlaubnis des Reichstabsamts.

§ 30.

Der Verkauf von Tabakfabrikaten an die Konsumenten geschieht durch die Tabakverschleier, welche von den zuständigen Landesbehörden widerruflich und für bestimmte Orte nach Befinden unter Anweisung des Sitzes in einer bestimmten Ortsgegend, ermächtigt werden.

Den Tabakverschleier werden von der Monopolverwaltung die Tabakfabrikate durch Vermittelung von Großverschleierern geliefert, welche die Monopolverwaltung einstellt.

Die Tabakverschleier sind verpflichtet, stets die dem lokalen Bedürfnis entsprechenden Sorten von Tabakfabrikaten vorrätig zu halten, die Tabakfabrikate nur von der Monopolverwaltung zu beziehen und die Vorschriften der letzteren, namentlich in Bezug auf die Verkaufspreise, die Maßstäbe des Verkaufs und die Lieferung der Waaren in der Originalverpackung an die Käufer genau zu befolgen. Das Verbot weiterer Bearbeitung der von der Monopolverwaltung gelieferten Tabakfabrikate (§ 4 Abs. 2) findet insbesondere auch auf die Tabakverschleier Anwendung.

Die Feilhaltung der Tabakfabrikate darf nur in dem der Steuerbehörde zuvor angemeldeten Verkaufsorte des Tabakverschleiers stattfinden, welches durch ein vorchriftsmäßiges Schild kenntlich gemacht und mindestens innerhalb der vorzuschreibenden Stunden geöffnet sein muß. In demselben müssen die Ermächtigungsurkunde des Inhabers und ein amtlicher Verschleiertarif ausliegen.

Als Vergütung wird den Tabakverschleier ein Nachlaß von 10 Prozent an den tarifmäßigen Verkaufspreis der Tabakfabrikate gewährt. Mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse ist das Reichstabsamt zur Gewährung eines höheren Nachlasses bis zu 12 Prozent befugt.

Ausnahmsweise kann auch anderen Personen als den Tabakverschleier, nach Maßgabe der bestmöglichen Bestimmungen des Bundesraths, der Verkauf von Tabakfabrikaten gestattet werden.

§ 31.

Die Verkaufsorte und Lagerplätze der Tabakverschleier unterliegen der Revision durch die Organe der Zoll- und Steuer-, sowie der Monopolverwaltung. Dieselben sind insbesondere befugt, die von den Tabakverschleier nach Vorschrift der Monopolverwaltung geführten Bücher einzusehen, den Bestand an Tabakfabrikaten zu ermitteln und Proben der Fabrikate zu entnehmen.

V. Einfuhr von Tabakfabrikaten.

§ 32.

Von Reisenden dürfen mitgebrachte Tabakfabrikate bis zu 50 Gramm abgabenfrei, in größerer Menge bis zu 1 Kilogramm gegen die nachbezeichneten Zölle vom Auslande eingeführt werden:

Zigaretten und Zigaretten . . . 15 M. für 1 Kilogramm
Rauchtabak, Schnupftabak und Rauchtobak 10 „
Auch kann die Monopolverwaltung einzelnen Konsumenten, mit Ausnahme der Tabakverschleier, die Einfuhr von Tabakfabrikaten für den eigenen Verbrauch bis zu einer Jahresmenge von 20 Kilogramm gegen Verzollung nach dem Doppelten der vorbezeichneten Zölle gestatten.

(Fortsetzung folgt.)

P e r m i s s e s .

* **Wien.** [Die Ruine des Ringtheaters.] Dieser Tage hat die Uebergabe der Ruine des Ringtheaters seitens des Stadterweiterungsfonds an das Hof-Archiv stattgefunden. Wie man vernimmt, wird mit der Demolierung des Gebäudes erst nach Durchführung des Prozesses gegen die 8 wegen der Katastrophe Angeklagten begonnen werden.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 28. Februar. S. M. S. „Herta“, 19 Geschütze, Kommand. Kapitän zur See v. Rall, ist am 5. Januar c. in Nagasaki eingetroffen und am 15. d. Mts. von dort nach Kogoshima in See gegangen. — S. M. Kanonenboot „Altis“, 4 Geschütze, Kommandant Kapitänleutnant Klaus, ist am 17. Januar c. in Amoy eingetroffen.

Dresden, 28. Februar. Die Session des Landtags ist heute geschlossen worden.

Augsburg, 28. Februar. Das Handschreiben des Königs an den Minister v. Luz hat der „Allgemeinen Zeitung“ zufolge folgenden Wortlaut:

„Ich habe mit Bedauern die Schwierigkeiten verfolgt, welche in den letzten Monaten dem, wie ich weiß, nur auf das Wohl des Landes gerichteten Wirken Meiner Minister in den Weg gelegt wurden, und finde mich bewogen, die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß Sie ausharren und mit aller Kraft für die Rechte Meiner Regierung eintreten werden, wie das bisher geschah. Was insbesondere das Verhältnis der Kirche zum Staate betrifft, so habe ich der Kirche stets und aus inniger Ueberzeugung Meinen vollen Schutz gewährt und werde nie aufhören, den religiösen Sinn Meines Volkes, in welchem ich die Grundlage der Ordnung erkenne, zu schützen. Es ist Mein Wille, daß den religiösen Bedürfnissen des Landes die sorgsamste Pflege und Beachtung zu Theil werde. Ich will aber ebenso fest, daß Meine Regierung jetzt und in Zukunft allen Bestrebungen entgegentritt, welche darauf abzielen, die unzweifelhaften und notwendigen Rechte des Staates zurückzudrängen, und welche den Staat und die Kirche in eine unheilvolle, feindliche Stellung bringen würden. Indem ich diesem Meinem Willen hier zur Bekräftigung wiederholten Ausdruck gebe, spreche ich Ihnen und Ihren Amtsgenossen für das treue Ausharren unter so großen Schwierigkeiten gerne Meine warme Anerkennung aus und versichere Sie Meines vollen Vertrauens.“

Wien, 28. Februar. Das Herrenhaus nahm das Gesetz betreffend die Ausnahmegerichte in Dalmatien an. Bei der Beratung des Sperrgesetzes wurde der Antrag der Majorität der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung mit 54 gegen 41 Stimmen abgelehnt und das Sperrgesetz in der Fassung des Abgeordnetenhauses genehmigt.

Wien, 28. Februar. Meldung der 18. Division vom 27. d. M. Abends: Um den vor den Truppen der Expedition gegen die Zagorje und Uol zersprengten und kombinierten Angriffen ausweichenden Insurgenten in zweiter Linie entgegenzutreten, wurden von Neveinske und Autovac Truppenverbände angeordnet. Eine Kompanie des 26. Jägerbataillons in Jugovic, nordwestlich Padoz, trat am 25. d. M. Abends in scharfe Fühlung mit ungefähr 150 Insurgenten südlich von Kotorina. Am 26. d. früh griff die Kompanie die von den Insurgenten vertheidigten Höhen an und besetzte dieselben mit einem Verlust von einem Todten und zwei Verwundeten. — Das General-Kommando in Serajewo meldet von heute Nacht: Laut Meldung des General Redobin aus Kalinovic vom 26. d. ist die Verbindung mit dem Obersten Paas hergestellt. Derselbe trat am Abend in Gotovlje ein. Die Zagorje ist von den Einwohnern meist verlassen. Der Knez der Zagorje kehrt zurück und unterwarf sich mit der Bekehrung, daß er von den Aufständischen gewaltsam fortgeführt worden sei. Derselbe giebt an, daß die Insurgenten sich in das obere Narenta-Thal zurückgezogen hätten. Der optische Telegraph zwischen Terna und Kalinovic ist durch einen elektrischen ersetzt. — General Obadich meldet aus Foca, daß schon jetzt in den durch die Insurgenten heimgeführten Orten Koth herrsche, so daß die Bezirksbehörde an die zu Hause gebliebenen gut gesinnten Einwohner Lebensmittel verteilen mußte.

Paris, 28. Februar. Der Ministerrath hat beschlossen, das Gesetz vom Jahre 1849 über die Ausweisung von Aus-

ländern wie folgt zu modifizieren: Jeder Ausländer, welcher bereits eine Bestrafung erlitten hat, soll ohne weitere Formlichkeit sofort ausgewiesen werden; ist eine Bestrafung noch nicht erfolgt, so soll die Frage wegen der Ausweisung vor den Ministerrath gebracht werden. — Das Gerücht, daß Andrieux zum Botschafter in Madrid ernannt werden soll, bestätigt sich.

Paris, 28. Februar. Das „Börsenblatt“ meldet, daß die Länderbank die Errichtung einer Filiale in Paris beschlossen habe und demnächst ein Zirkular versenden werde, in welchem ihr Kapital als intakt bezeichnet wird.

London, 28. Februar. [Unterhaus.] Gladstone beantragt die bereits bekannte Motion gegen die Unterfuchung wegen Handhabung der irischen Landakte und erklärt, die Landakte sei die Basis der sozialen Ordnung in Irland, die Regierung setze auf dieselbe die Hoffnung auf eine Pazifizierung Irlands und werde sich deshalb auch nicht für eine Stunde zur Theilnehmerin an einem Vorgehen machen, durch welches diese Hoffnung wesentlich beeinträchtigt werden könne. Gibson bezieht die Nothwendigkeit des Antrags, die vom Premier angeregte Diskussion sei nur geeignet, die Verwirrung zu verschlimmern, zugleich beantragt Gibson, zur Vorfrage überzugehen. Nach langer Debatte, die bis 12 1/2 Uhr Nachts dauerte, wurde die weitere Beratung des Gladstone'schen Antrags auf nächsten Donnerstag vertagt.

London, 27. Februar. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Rairo vom heutigen Tage gemeldet wird, entbehrt das Gerücht von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kriegsminister Araby Bey und dem Ministerpräsidenten Mahmud Barudi jeder Begründung. In dem ägyptischen Kabinet herrsche vollkommene Uebereinstimmung.

Petersburg, 27. Februar. Wie der „Golos“ erfährt, hätte die Regierung beschlossen, im Laufe dieses Jahres mit dem Bau folgender Eisenbahnen zu beginnen: einer Bahn von Sefaterinburg nach Tjumen, 310 Werst lang, einer Zweigbahn des Kohlennezes am Don und einer Bahn von Kiew nach Wjasma.

Petersburg, 28. Februar. In dem Prozesse Trigonja wurde in der vergangenen Nacht das Urtheil gesprochen; von den Angeklagten wurden zehn, darunter eine Frau, zum Tode, die übrigen zu Zwangsarbeit verurtheilt.

Petersburg, 28. Februar. Das „Journal de St. Pétersbourg“ weist darauf hin, daß ein radikaler Deputirter in der französischen Kammer der Regierung wegen der Ausweisung des Nihilisten Lawroff Vorwürfe gemacht habe, während man doch seiner Zeit von dieser Seite gegen die Ausweisung des Don Carlos Nichts zu erinnern gehabt hätte. Es schiene demnach, daß die Revolutionäre das Aylrecht von einem doppelten Gesichtspunkte betrachteten und dasselbe ihnen nur zu Gunsten der Königs-mörder als heilig gelten ließen.

Konstantinopel, 27. Februar. Zu Ehren der außerordentlichen preussischen Gesandtschaft fand auf der deutschen Botschaft heute eine Festlichkeit statt.

Konstantinopel, 28. Februar. Bei dem gestrigen Diner in der deutschen Botschaft, welchem die Mitglieder der außerordentlichen preussischen Gesandtschaft und zahlreiche türkische Würdenträger beizuhnten, toastete der Geschäftsträger, Botschaftssekretär von Hirschfeld, auf den Sultan, Saib Pascha auf den deutschen Kaiser. An das Diner schloß sich ein glänzender Raut. Heute unternimmt die preussische besondere Mission eine Fahrt nach Stutari. Die Abreise derselben findet nicht vor Ende dieser Woche statt.

Bukarest, 28. Februar. Die Gerüchte über bevorstehende Personal-Veränderungen im diplomatischen Korps Rumäniens entbehren jeder Begründung.

Bukarest, 28. Februar. Nach hier anbestunterrichteter Stelle eingezogenen Erkundigungen beruhen die in Wien verbreiteten Gerüchte über rumänische Rüstungen auf Börsenmanövern. Es ist vollständig unwahr, daß die Predealbahn irgend eine Weisung erhalten habe, sich zur Disposition des Kriegsministers zu halten. Was die Armeelieferungen betrifft, so sind dieselben durch den „Monitorul“ und den „Romanul“ seit vier Monaten in derselben Weise ausgeschrieben, um die Gutsbesitzer zu direkten Lieferungen zu veranlassen, da die Zwischenhändler einen zu großen Gewinn beanspruchten.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 0 (Gr. red. in mm. 82 m Seehöhe)	Wind	Wetter	Temp. i. Gelf. Grad.
28. Nachm. 2	745,3	SW mäßig	bedeckt	+ 8,0
28. Abnds. 10	743,3	SW mäßig	bedeckt	+ 8,0
1. März. 6	748,0	SW mäßig	bedeckt	+ 0,7
Am 28. Wärme-Maximum + 10,9° = Gelf.				
" " Wärme-Minimum + 0,8° =				

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. Februar Mittags 1,40 Meter.
" " 28. " Morgens 1,40 "
" " 1. März, Mittags 1,44 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Courfe.

Frankfurt a. M., 28. Februar. (Schluß-Courfe.) Schwankend. Lond. Wechsel 20,445. Pariser do. 80,95. Wiener do. 170,25. R.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 101 1/2. R.-M.-Pr.-Anth. 128. Reichsanl. 101. Reichsbank 148. Darmstb. 152 1/2. Meiningen B. 87 1/2. Ost.-ung. St. 693,50. Kreditaktien 261 1/2. Silberrente 63 1/2. Papierrente 62 1/2. Goldrente 78. Ung. Goldrente 72 1/2. 1860er Loose 118. 1864er Loose 328,00. Ung. Staatsl. 219,50. do. Obl. II. 91 1/2. Böhm. Westbahn 250. Elisabethb. —. Nordmehlbahn 171 1/2. Galizier 247. Franzosen 256. Lombarden 108 1/2. Italiener 86 1/2. 1877er Russen 86 1/2. 1880er Russen 69 1/2. II. Orientanl. 56 1/2. Centr.-Pacifc 111. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 56 1/2. Wiener Bankverein 98. ungarische Papierrente —. Buschthaber —. Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 263 1/2, Franzosen 256, Galizier 247, Lombarden 111, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Frankfurt a. M., 28. Februar. Effekten-Societät. Kreditaktien 263 1/2, Franzosen 257, Lombarden 111, Galizier 247 1/2, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanl. —, österr. Silberrente —, Papierrente —, III. Orientanl. —, ungar. Papierrente —, 1880er Russen —. Darmstädter Bank —, 4 pSt. Ungar. Goldrente —. Wiener Bankverein —. Diskonto-Kommandit —. 1860er Lose —. Fest.

Wien, 28. Februar. (Schluß-Courfe.) Kreditaktien in Folge der von einander abweichenden Gerüchte über die Bilanz der Kreditanstalt sinkt schwankend, übrige Werthe besser, behauptet.

Papierrente 74,00 Silberrente 75,10. Dörrer. Goldrente 92,50, ungarische Goldrente 117,90. 1854er Loose 117,70. 1860er Loose 128,00. 1864er Loose 171,50. Kreditloose 174,02. Ungar. Bräunl. 113,00. Kreditaktien 300,00. Franzosen 300,00. Lombarden 128,50, Galizier 239,00. Rajsch.-Dörrb. 138,50. Parubitzer 146,00. Nordmehlbahn 1200,20. Elisabethbahn 205,00. Nordbahn 2432,00. Dörrer. ungar. Bank —. Türl. Loose —. Unionbank 116,70. Anglo-Aust. 117,50. Wiener Bankverein 109,75. Ungar. Kredit 293,00. Deutsche Plätze 58,70. Londoner Wechsel 120,35. Pariser do. 47,62. Amsterdamer do. 98,90. Napoleonsl. 9,52. Dufaten 5,61. Silber 100,00. Marknoten 58,72 1/2. Russische Banknoten 1,20 1/2. Zemborg-Gernowits —. Kronpr.-Rudolf 161,70. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —.

4 Prozent. ungar. Bodenkredit-Bandbriefe —. Elbthal 208,00, ungarische Papierrente 85,30, ungar. Goldrente 85,40, Buschthaber B. —. Ung. Bräunl. —. Eskompte —.

Die Bilanz der Kreditanstalt wird heute Abend publizirt.

Paris, 27. Januar. Boulevard-Verkehr. 3 Proz. Rente —, Anleihe von 1872 115,10, Italiener —, österr. Goldrente —, Türl. 11,07 1/2, Türl. Loose —, Spanier inter. —, do. extér. 26 1/2, ungar. Goldrente —, Egypter 322,00. Sproc. Rente —. 1877er Russen —, Franzosen —, Lombarden —. Fest.

Paris, 28. Februar. (Schluß-Courfe.) Fest. 3 Proz. amortisirt. Rente 83,20, 3 Proz. Rente 83,17 1/2, Anleihe de 1872 115,45, Italien. 5 Proz. Rente 86,10, Dörrer. Goldrente —, 6 Proz. ungar. Goldrente —, 4 Proz. ungar. Goldrente 72 1/2, 5 Proz. Russen de 1877 87 1/2, Franzosen 632,50, Lomb. Eisenbahn-Aktien 277,50, Lomb. Prioritäten 273,00, Türl. de 1865 11,12 1/2, Türl. Loose 47,25. III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 580, Spanier extér. 26 1/2, do. inter. —, Suezkanal-Aktien 2355. Banque ottomane 691, Union gen. —, Credit foncier 1520,00, Egypter 325,00, Banque de Paris 1077,00, Banque d'escompte —, Banque hypothécaire —, Londoner Wechsel 25,26, 5 Proz. Rumänische Anleihe —.

Petersburg, 27. Februar. Wechsel auf London 24 1/2, II. Orientanleihe 90. III. Orientanleihe 90 1/2.

Florenz, 28. Februar. 5 pSt. Italien. Rente 90,15, Gold 21,12. **London,** 28. Februar. Consols 100 1/2, Italien. 5 Proz. Rente 84 1/2, Lombard. 11 1/2, 3 Proz. Lombarden alte —, 3 Proz. do. neue —, 5 Proz. Russen de 1871 84 1/2, 5 Proz. Russen de 1872 84, 5 Proz. Russen de 1873 83 1/2, 5 Proz. Türl. de 1865 11, 3 Proz. fundirte Amerikaner 103 1/2, Dörrer. Silberrente —, do., Papierrente —, ungarische Goldrente 71 1/2, Dörrer. Goldrente —, Spanier 26 1/2, Egypter 65, 4 Proz. preuß. Consols 99, 4 Proz. bar. Anleihe —. Fest.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,71. Wien 12,17. Paris 25,57. Petersburg 23 1/2.

Blagdiscont 4 1/2 pSt. Silber —.

In die Bank flossen heute 30,000 Pfd. Sterl.

Newyork, 27. Februar. (Schluß-Courfe.) Wechsel auf Berlin 94 1/2, Wechsel auf London 4,85, Wechsel auf Paris 5,17 1/2, 3 Proz. fundirte Anleihe 102, 4 Prozentige fundirte Anleihe von 1877 118, Erie-Bahn 38 1/2, Central-Pacifc 113 1/2, Newyork Centralbahn 132 1/2, Chicago-Eisenbahn 142 1/2. Cable Transfers 4,90 1/2.

Geld war an heutiger Börse ziemlich leicht, für Regierungssicherheiten 2 1/2 Prozent, für andere Sicherheiten 6 Prozent und 1/4 per diem bis 4 Prozent.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 28. Februar. Getreidemarkt. Weizen Kau. Roggen matter, loco 121/122 Pfd. 2000 Pfd. Zollgewicht 152,50, pr. Frühjahr 156,00, pr. Mai-Juni 157,00. Gerste still. Hafer unverändert, loco inländischer 136,00, pr. Frühjahr 130,00. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 146,50. Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. loco 44,75, pr. Frühjahr 46,00, pr. Mai-Juni 47,00. — Wetter: Warm.

Bremen, 28. Februar. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,35 a 7,30 bez., pr. März 7,35 a 7,30 bez., per April 7,50 Br., per Mai 7,60 bez., pr. August-Dezember 8,20 bez. u. Br.

Hamburg, 28. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine rubig. Roggen loco still, auf Termine rubig. Weizen per April-Mai 220,00 Br., 219,00 Gd., per Mai-Juni 220,00 Br., 219,00 Gd., Roggen per April-Mai 162,00 Br., 161,00 Gd., per Mai-Juni 159,00 Br., 158,00 Gd. Hafer rubig. Gerste matt. Rübsöl still, loco 57,00, per Mai 57,00. — Spiritus still, per Februar — Br., per März-April 39 1/2 Br., per April-Mai 39 1/2 Br., per Mai-Juni 39 1/2 Br. — Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 7,70 Br., 7,65 Gd., per Febr. 7,65 Gd., per August-Dezember 8,25 Gd. — Wetter: Wolfig.

Wien, 27. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Frühjahr 12,22 G., 12,25 Br. Hafer pr. Frühjahr 8,35 Gd., 8,40 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,55 Gd., 7,57 Br.

Fest, 28. Februar. Productenmarkt. Weizen loco unverändert, auf Termine lussl., pr. Frühjahr 12,02 Gd., 12,05 Br., pr. Herbst 10,95 Gd., 11,00 Br. — Hafer pr. Frühjahr 8,10 Gd., 8,15 Br. — Mais pr. Mai-Juni 7,30 Gd., 7,33 Br. — Rohlraps pr. August-September 13 1/2. — Wetter: Regen.

Petersburg, 28. Februar. Productenmarkt. Talg loco 65,00, pr. August 65,00. Weizen loco 15,75. Roggen loco 10,50, Hafer loco 5,25. Samf loco 34,50. Leinsaat (9 Pud) loco 14,50. — Thauwetter.

Amsterdam, 28. Februar. Bancaim 67 1/2.

Amsterdam, 28. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)

Weizen per März 305. Roggen per März 188, per Mai 190.

Antwerpen, 28. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)

Weizen behauptet. Roggen rubig. Hafer träge. Gerste still.

Antwerpen, 28. Februar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.)

Raffinirtes, Type weiß, loco 18 1/2 bez., 18 1/2 Br., pr. März 18 1/2 bez., 18 1/2 Br., per April 18 1/2 Br., pr. Sept.-Dez. 20 1/2 bez., 20 1/2 Br. Rubig.

Paris, 28. Februar. Productenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen

fest, per Februar 29,80, per März 29,80, per Mai-Juni 29,90, per Mai-August 29,40. — Roggen rub., per Februar 19,50, per Mai-August 19,50. Mehl 9 Marques fest, per Februar 62,60 1/2, per März 62,10, per Mai-Juni 62,25, per Mai-August 62,25. — Rübsöl rubig,

per Februar 69,75, per März 69,75, per Mai-August 72,00, per Sept.-Dezember 73,25. — Spiritus rub., per Februar 57,75, per März 58,25, Mai-Juni —, per Mai-August 60,75. — Wetter: Regnerisch.

London, 28. Februar. Gwammasuder Nr. 12 24. Nominell.

London, 28. Februar. An der Riffe angeboten 14 Weizenladungen. — Wetter: Trübe.

Newyork, 27. Februar. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork

11 1/2, do. in New-Orleans 11 1/2, Petroleum in Newyork 7 1/2 G., do. in Wis-

ladelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum 6 1/2, do. Pipe line Certificates

— D. 83 C. Mehl 4 D. 90 C. Roher Winterweizen loco 1 D. 33 1/2

C do. per laufenden Monat 1 D. 31 1/2 G., do. per März 1 D.

32 1/2 C., do. pr. April 1 D. 34 1/2 C., Mais (old mixed) 69 C.

Ruder (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio) 9 1/2. Schmalz

Markt (Wilcox) 11 1/2, do. Fairbanks 10 1/2, do. Robe u. Brothers 10 1/2.

Speck (short clear) 9 1/2 C. Getreidefracht 4 1/2.

Wien, 28. Febr. Wind: N. Wetter: Bewölkt.
Weizen per 1000 Kilo loco 202-235 M. nach Qualität ge-
fordert, abgel. Anm. — bezahlt, deutscher Weizen — Markt
ab Bahn, per Februar 2184 bezahlt, per Februar-März — M. bez.,
per April-Mai 2204-2204-2204 bez., per Mai-Juni 2194 bez., per
Juni-Juli 2194 M. bez., Juli-August 2124-213 M. bez., Sept.-
Oktober 211 Gd. — Gefündigt — Jtr. Regulierungspreis — M. —
Roggen per 1000 Kilo loco 157-173 Markt nach Qualität
gefordert, hochfeiner inländischer 166-172 Markt ab Bahn bezahlt,
equ. do. — M. ab B. bez., f. poln. — M. ab B. bez., alter —
M. ab B. bez., russischer und polnischer 158-165 Markt a. B.
bezahlt, Februar 1654 M. bez., per Februar-März 165 bez., per April-
Mai 165-1654 Markt bez., per Mai-Juni 164-1644-1644
M. bez., Juni-Juli — bez., Juli-August — bez., Gefündigt. 3000
Jtr. Regulierungspreis 1654 Markt. — Gerste per 1000 Kilo loco
129-200 Markt nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo
loco 127-172 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer
128 bis 138 M. bezahlt, oft- und weizenreicher 140-151 M. bez.
zahlte, sommerscher und Udermäcker 140-147 bezahlt, schlesischer 148
bis 154 bez., böhmischer 148-154 M. bezahlt, do. fein 156-160
bez., fein weiß medlenburgischer — ab B. bez., per Februar — M.
bez., per April-Mai 1374-137 bez., per Mai-Juni 1384 bez., Juni-Juli
140 Markt bez., Gefündigt — Jtr. Regulierungspreis — M. —
Erbsen per 1000 Kilo Rohmaare 160-200 M. Futtermare 142
bis 158 Markt. — Mais per 1000 Kilo loco 134-145 nach Qua-
rität gefordert, per Februar — M., Februar-März — M., per April-
Mai 1374 M. bez., per Mai-Juni 136 Markt, per Juni-Juli 135
M., per September-Oktober 134 Markt. Gefündigt — Jtr. Regulierungspreis — M. —

Wien, 28. Februar. Das heutige Börsengeschäft erwies sich so
zu sagen als die direkte Fortsetzung des gestrigen. Ebenfalls nahm
die Verkehrsentwicklung bei recht fester Stimmung einen recht leb-
haften Verlauf, und namentlich gewann es Anfangs den Anschein, als
sollten die Umsätze noch mehr der festen Tendenz entsprechenden Aus-
druck geben. Das Geschäft gewann im Allgemeinen einen regeren Cha-
rakter. Was die Grundstimmung unserer Börse betrifft, so ist dieselbe
mit dem Beginn der neuen Woche ohne Zweifel eine wesentlich ver-
trauensvollere geworden, wie in der Vorwoche und zwar dokumentirte
sich dies am meisten dadurch, daß die Spekulation thatkräftiger ein-
griff. Von Wien lagen höhere Kurse vor und unsere Börse folgte

Fonds- u. Aktien-Börse.

Wien, den 28. Februar 1882.

Preussische Fonds- und Geld- Cours.

Preuss. Cons. Anl.	4 1/2	104,80 G
do. neue 1876	4 1/2	101,40 b3
Staats-Anleihe	4 1/2	101,00 b3
Staats-Schuld.	4 1/2	101,00 b3
Ob.-Deich.-Obl.	4 1/2	100,10 b3
Berl. Stadt-Obl.	4 1/2	102,70 b3
do. do.	4 1/2	95,40 G
Schuld. d. B. Rm.	4 1/2	
Handbrieft:		
Berliner	4 1/2	109,00 G
do.	4 1/2	104,30 b3
Landsh. Central	4 1/2	100,70 b3
Rur. u. Neumark.	4 1/2	95,75 b3
do. neue	4 1/2	90,75 b3
do. do.	4 1/2	100,75 G
do. neue	4 1/2	
A. Brandb. Kred.	4 1/2	
Oppressische	4 1/2	90,30 b3
do.	4 1/2	100,10 G
do.	4 1/2	
Westpr. ritterich.	4 1/2	90,80 b3
do.	4 1/2	100,50 b3
do. I. B.	4 1/2	100,20 b3
do. II. Serie	4 1/2	103,90 b3
Neubisch. II. Serie	4 1/2	100,10 b3
do. do.	4 1/2	103,70 b3
Posenische, neue	4 1/2	100,50 b3
Sächsische	4 1/2	
Pommersche	4 1/2	90,00 b3
do.	4 1/2	100,10 G
do.	4 1/2	101,60 G
Schles. alte	4 1/2	
do. alte A.	4 1/2	
do. neue I.	4 1/2	
Rentenbrieft:		
Rur. u. Neumark.	4 1/2	100,30 G
Pommersche	4 1/2	100,30 b3
Posenische	4 1/2	100,40 b3
Preussische	4 1/2	100,50 b3
Rhein- u. Westf.	4 1/2	100,50 b3
Sächsische	4 1/2	100,60 b3
Schlesische	4 1/2	100,70 G

20-Franstuck.	16,21 b3
do. 500 Gr.	
Dollars	
Imperial	
do. 500 Gr.	
Engl. Banknoten	
do. einl. 500. Leipz.	81,15 b3
Frankf. Banknot.	170,10 b3
Deherr. Banknot.	
do. Silbergulden	
Russ. Noten 100 Rubl.	205,70 b3

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4 1/2	101,29 b3
P. A. v. 55 a 100 Th.	3 1/2	142,60 G
Hess. Pr. a 40 Th.	3 1/2	302,00 b3
Sach. Pr. v. 67.	4	135,50 b3
do. 35 fl. Oblig.		Ziehung.
Bair. Präm.-Anl.	4	
Braunsch. 20 Thl.-L.	4	100,75 b3
Brem. Anl. v. 1874	4	100,40 G
Einl.-Rd.-Pr.-Anl.	3 1/2	127,70 b3
Hess. St.-Pr.-Anl.	3 1/2	123,30 b3
Gotth. Pr.-Rdb.	5	120,40 b3
do. II. Abth.	5	117,50 b3
Lomb. 50 Thl.-L.	3	188,25 b3
Lübeck. Pr.-Anl.	3 1/2	178,00 b3
Meckl. Eisenbahn.	3 1/2	94,75 b3
Meininger Loose	4	27,40 b3
do. Pr.-Rdb.	4	118,00 G
Oldenburger Loose	3	149,50 b3
D. G. C. B. 110	5	109,00 b3
do. do.	4	95,50 b3
Dtsch. Hypoth. anl.	5	103,70 G
do. do.	4	102,40 b3
Reim. Hyp.-Pf.	4 1/2	100,50 b3
Reich. Gdt.-Pf. M.	5	100,20 G
Romm. Hyp.-Rdb.	4 1/2	

Romm. G. B. L. 120	106,00 G
do. H. IV. 110	112,60 G
Romm. III. rz. 100	100,25 G
Br. G. B. G. rz. 110	113,00 G
do. do. 110	107,00 b3
Br. G. B. G. rz. 100	104,90 G
do. do. rz. 100	102,80 G
do. (1872 u. 74)	98,70 b3
do. (1872 u. 73)	
do. (1874)	
Br. Hyp. G. B. 120	104,00 b3
do. II. rz. 100	100,00 G
Schles. Bod.-Cred.	102,30 G
do. do.	105,70 G
Stettiner Nat.-Hyp.	100,40 G
do. do.	102,50 b3
Krausische Obligat.	110,10 b3

Österreichische Fonds.

Amerik. gef. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (funt.)	5	
Normerger Anleihe	4 1/2	
Newyork. St.-Anl.	6	125,00 b3
Deherr. Goldrente	4	78,20 b3
do. Pap.-Rente	4	63,25 b3
do. Silber-Rente	4	63,70 b3
do. 250 fl. 1854		
do. Ex. 100 fl. 1858		
do. Rott. M. v. 1860	5	118,75 b3
do. do. v. 1864	5	328,75 b3
Ungar. Goldrente	6	100,30 b3
do. St.-Gef. M.	5	93,80 b3
do. Loose	5	221,00 b3
Italienische Rente	5	86,59 b3
do. Tab.-Oblig.	5	
Rumänier	8	
Finnische Loose	4	48,90 b3
Russ. Centr.-Hob.	5	74,50 G
do. Boden-Credit	5	81,00 b3
do. Engl. M. 1822	5	
do. do. M. v. 1862	5	83,50 b3
Russ. fund. M. 1871	5	
Russ. conf. M. 1871	5	
do. do. 1872	5	84,30 b3
do. do. 1875	4 1/2	76,25 b3
do. do. 1877	5	8,40 G
do. do. 1880	4	69,75 b3
do. Pr. M. v. 1864	5	14,00 b3
do. do. v. 1866	5	138,50 b3
do. 5. M. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	82,10 b3
do. Pol. Sch.-Obl.	4	82,30 b3
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,00 b3
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	55,40 b3
Lörl. Anl. v. 1865	4	11,50 G
do. do. v. 1869	5	
do. Loose vollen.	5	

*) Wechsel-Cours.

Amsterd. 100 fl. 8 L.	168,60 b3
do. 100 fl. 2 R.	167,35 b3
London 1 Pdr. 8 L.	20,45 b3
do. do. 8 R.	20,25 b3
Paris 100 Fr. 8 L.	81,10 b3
Big. Bpl. 100 fl. 8 L.	80,90 b3
do. do. 100 fl. 2 R.	8,35 b3
Wien öst. Währ. 8 L.	169,80 b3
Wien öst. Währ. 2 R.	168,90 b3
Petersb. 100 R. 8 L.	204,75 b3
do. 100 R. 3 R.	203,10 b3
Warschau 100 R. 8 L.	205,60 b3

*) Einfluß der Reichs-Bank für

Wechsel, für Lombard 6 Pct., Bank-	
diskonto in Amsterdam 5 Bremen —	
Prüf. 44, Frankfurt a. M. 5, Ham-	
burg —, Leipzig —, London 5, Paris	
44, Petersburg 6 Wien 4, etc.	

Brugs-Breis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto
00: 31,00 bis 29,50 Markt, 0: 28,50 bis 27,50 M. 0/1: 27,50
bis 26,50 Markt. — Roggenmehl in Sad 0: 24,50 bis 23,50
Markt, 0/1: 23,00 bis 22,00 M. Februar 22,75 M. bez., per Februar-
März 22,75 Markt bez., per April-Mai 22,65 Markt bez., per Mai-Juni
22,50 bez., per Juni-Juli 22,35 bez., per Juli-August 22,20-22,15
bezahlt. Marke Kitz-Barmalder 0/1: — bz. Gefündigt 2000 Jtr.
Regulierungspreis 22,75 M. — Delfaat per 100 Kilo — Winter-
raps — M. — Winterweizen — Markt. — Stüböl per 100 Kilo loco
ohne Fass 55,0 M. mit Fass 55,3 M., per Februar — M. bez.,
Februar-März — Markt bez., per April-Mai 55,4-55,7-55,6 Markt
bez., Mai-Juni 55,9-56,0 bez., Juni — bez., September-Oktober
56,3-56,4 Markt bez., Gefündigt. — Jtr. Regulierungspreis — M. —
Leinöl per 100 Kilo loco — M. — Petroleum per 100 Kilo
loco 25,2 Markt, per Februar 24,7 M. bezahlt, per Februar-März
24,1 bezahlt, per April-Mai 23,8 bez., per Mai-Juni — Markt bezahlt,
per September-Oktober 24,8 Markt bez., Gefündigt — Jentner.
Regulierungspreis — Markt — Spiritus per 100 Liter loco ohne
Fass 47,1 bez., per Februar 48,0-47,8 bez., per Februar-März 48,0
bis 47,8 bez., per März-April — Markt bez., April-Mai 48,6-48,5
bez., per Mai — Markt, per Mai-Juni 48,8-48,7 bez., per Juni —
Markt bez., per Juni-Juli 49,6 Markt bez., per Juli-August 50,6 M.
bez., per August-September 51,1-50,9-51,0 bezahlt. Gefündigt
— Jtr. Regulierungspreis — Markt. (S. B. 3.)

Wien, 28. Februar. (Bericht der Handelskammer.)
Weizen unveränd. hochbunt und glatt 202-214 M., hellbunt 190-
200 M. — Roggen geschäftslos, loco inländischer 152-165 Markt.
— Gerste keine Braumaare 145-150 M., grobe und kleine Mül-
lergerste 135-145 Markt. — Hafer loco 140-150 Markt. — Erbsen
Rohmaare 160-181 M. Futtermare 140-150 Markt. — Mais

dieser Anregung in dem Maße, daß sie auch in der Parität mit Wien
eröffnete. Die internationalen Spekulationspapiere wurden Anhänglich
ziemlich lebhaft umgekehrt, später wurden Realisationsverläufe drückend
sowohl auf die Tendenz als auch auf die Kursentwicklung, die sich
selbst in einzelnen Fällen rückläufig gestaltete. Auf den anderen Ge-
bieten blieb die geschäftliche Thätigkeit verhältnismäßig gering. Einiges
Interesse zeigte sich für die fremdländischen Staatspapiere, die der in
den Vormochen eingetretenen Rückgänge wegen, jetzt da sich das Ver-
trauen gebessert hat, vielfach zu Kapitalanlagen gesucht waren. Ferner
herrschte eine sehr günstige Stimmung für die einheimischen Eisenbahn-
aktien. Die fremden Eisenbahnaktien verhielten sich ruhiger, Vant-

Bank- u. Wechsel-Cours.

Badische Bank	4	114,75 G
Bl. f. Rheinl. u. Westf.	4	38,25 b3
Bl. f. Spiritus-Rz.	4	68,25 G
Berl. Handels-Ges.	4	107,00 b3
do. Kassen-Berein	4	187,50 b3
Breslauer Dist.-B.	4	83,00 b3
Centralbl. f. B.	4	
Centralbl. f. S. u. G.	4	
Commerz. Credit-B.	4	85,50 b3
Öst. Wechselbank	4	94,10 b3
Danziger Privatb.	4	1,9, 0 G
Darmstädter Bank	4	152,90 b3
do. Bittelbank	4	108,25 G
Defauer Creditb.	4	95,25 G
do. Bankbesbank	4	120,75 b3
Deutsche Bank	4	147,00 b3
do. Genossenschaft	4	126,00 b3
do. Hyp.-Bank	4	87,0 G
do. Reichsbank	4	147,90 G
Disconto-Bank	4	187,40 b3
Seraer Bank	4	92,50 G
do. Handelsb.	4	91,25 G
Gotthard Privatb.	4	117,30 G
do. Grundtreib	4	89,75 b3
Hypothek (Güter)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	96,50 b3
Leipziger Creditb.	4	153,25 G
do. Disconto	4	111,50 b3
Magdeb. Privatb.	4	
Medlb. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B. fr.	4	91,75 b3
Meininger Creditb.	4	86,75 b3
do. Hypothekenb.	4	91,75 b3
Neuer. auser Bank	4	95,50 b3
Norddeutsche Bank	4	168,90 G
Nordb. Grundcredit	4	47,50 G
Deherr. Kredit	4	
Petersb. Intern. B.	4	94,25 G
Polen-Landwirthsch.	4	
Potener Pro.-Bank	4	122,50 b3
Potener Spiritaktien	4	59,25 b3
Preuss. Bank-Anth.	4 1/2	
do. Bodencredit	4	107,50 b3
do. Centralb.	4	122,10 b3
do. Hyp.-Spielb.	4	83,50 b3
Produkt.-Handelsb.	4	78,00 b3
Sächsische Bank	4	122,00 b3
Schaffhaus. Bank	4	86,50 b3
Schles. Bankverein	4	108,50 b3
Südb. Bodencredit	4	131,00 b3

Industrie-Aktien.

Brauerei Pilsenerhof	4	
Damenb. Raktum	4	
Deutsche Baugel.	4	57,00 G
Dtsch. Eisenb.-B.	4	
Drig. Srap. u. Eis.	4	
Dommermarb. Union	4	56,50 b3
Dortmunder Union	4	13,20 b3
Egells Masch.-M.	4	24,50 b3
Erdmannsd. Spinn.	4	36,00 G
Florist. Charlottenb.	4	
Krist u. Kohn. Rab.	4	77,75 b3
Gelsenkirch.-Bergw.	4	124,50 b3
Georg-Marienb.	4	90,00 G
Gibernia u. Chamr.	4	80,75 b3
Immobilien (Berl.)	4	81,75 b3
Krauska, Leinen-B.	4	94,50 G
Lauchhammer	4	29,00 b3
Laurahütte	4	110,10 b3
Luise Tiefb.-Bergw.	4	37,50 b3
Magdeburg-Bergw.	4	103,00 b3
Marienhüt. Bergw.	4	
Menden u. Schm. B.	4	69,75 b3
Oberchl. Eis.-Bed.	4	47,25 b3
Ostend	4	
Phönix B. M. Lit. A	4	81,90 b3
Phönix B. M. Lit. B	4	37,00 b3
Reichenb. conf.	4	88,00 G
Rhein-Roth-Bergw.	4	66,25 b3
Rhein-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	20,00 b3
Unter den Linden	4	13,75 G
Wickert Masch.	4	17,75 G

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	36,90 b3
Berlin-Görlitz	5	97,30 b3
Halle-Sorau-Guben	5	82,00 b3
Märkische-Boden	5	117,00 b3
Marienb.-Mantel	5	103,70 b3
Münster-Emschede	5	17,75 b3
Nordhausen-Erfurt	5	94,90 b3
Oberlausitzer	5	56,00 b3
Dels-Gnefen	5	52,90 b3
Döpreich-Südbahn	5	96,00 b3
Posen-Creuzburg	5	69,75 b3
Rechte Oderw.-Bahn	5	165,25 b3
Rumänische	5	
Saalbahn	5	68,50 G
Saarl.-Ludw.-Bahn	3	
Tilfisch-Isenburger	5	75,25 G
Wernar-Geraer	5	35,75 b3

Staatbahn-Aktien.

Berl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4	117,10 b3
Göln-Rindern	4	
Kap.-Gulberhof	3 1/2	88,50 G
Magd.-Gulberh. B. abg.	3 1/2	88,50 G
do. B. unabh.	3 1/2	88,50 G
do. C. do. aba.	5	126,10 b3

Rüben. Raps ohne Handel — Spiritus pro 100 Liter à 100
Prozent 44,00-44,75 M. — Rubelkurs 203,50 Markt.

Marktpreise in Breslau am 28. Februar.

Festsetzungen der städtischen Markt- Deputation.	gute Hoch- ster M. Pf.	Nie- drigst. M. Pf.	mittlere Hoch- ster M. Pf.	Nie- drigst. M. Pf.	geringe Hoch- ster M. Pf.	Nie- drigst. M. Pf.
Weizen, weißer	21 70	21 50	21 20	20 70	19 90	18 70
do. gelber	21 30	21 10	20 80	20 50	19 70	18 60
Roggen	16 20	16 10	16 10	15 80	15 50	15 20
Gerste	16 —	15 —	14 20	13 60	13 —	12 40
Hafer	15 20	14 80	14 40	14 —	13 50	13 20
Erbsen	18 —	17 60	17 —	16 —	15 50	14 60

Festleg. d. v. d. Handelskam- mer eingef. Kommission.

mer eingel. Kommission.		M.	Pf.	M.	Pf.	ordin. Asiat.	M.	Pf.	
Raps		26	40	25	40	23	60		
Wintererbsen	} pro	24	90	23	90	22	40		
Sommerrüben		23	90	22	90	21	50		
Dotter	} 100	22	75	22	—	21	—		
Schlaglein schief.		} Kilog.	25	—	24	—	21	—	
do. galz.			23	—	22	—	19	50	
Gerbsaat		20	75	19	75	—	—		